



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

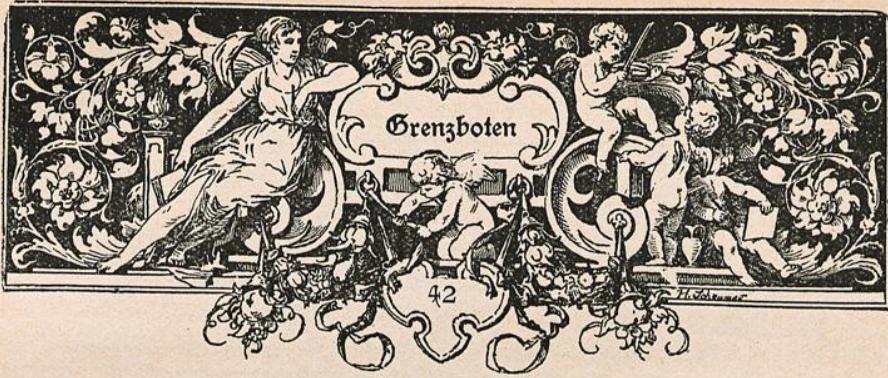
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Massow, W. von: Die englische Arbeiterschaft und die Wehrpflicht

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die englische Arbeiterschaft und die Wehrpflicht

Von W. von Maffow



ird England die allgemeine Wehrpflicht einführen oder nicht? Das ist eine Frage, die gegenwärtig wohl überall mit dem größten Interesse erörtert und verfolgt wird. Bis zum Ausbruch des jetzigen Krieges ist es in England immer nur eine Minderheit gewesen, die sich für den tiefeinschneidenden Systemwechsel in der Einrichtung der Wehrkraft des Landes eingesetzt hat. Es ist wohl zu verstehen, daß die Erfahrungen der Kriegszeit ihr den Glauben beigebracht haben, das Land werde sich jetzt nicht länger sträuben, ihre überlegene Einsicht anzuerkennen. Wenn die Rekrutierung die Ziffern des Heeresbestandes nicht auf die gewünschte Höhe bringe, dann muß — der Gedanke liegt nahe — durch Zwang nachgeholfen werden, und so drängt sich der Gedanke der allgemeinen Wehrpflicht ganz von selbst auf. England ist die einzige Großmacht in Europa, die diese Einrichtung noch nicht besitzt. Was in allen anderen Ländern längst als selbstverständlich gilt, dürfte doch auch den Engländern nicht allzu fern liegen. So erscheint uns eigentlich die Antwort auf die gestellte Frage sehr einfach.

Aber einfach ist die Sache nach englischer Auffassung keineswegs. Zunächst wollen wir noch einmal betonen, daß die Zahl der überzeugten und sachkundigen unbedingten Vertreter der allgemeinen Wehrpflicht in England verhältnismäßig gering ist. Sie würden sich nie durchsetzen können, wenn sie nicht hoffen dürften, jetzt in der Kriegsstimmung gewisser Kreise einen Vorspann für ihre Sache zu finden. Da ist es nun von Wichtigkeit, zu wissen, daß die Voraussetzungen, unter denen sich eine weiter verbreitete Stimmung der allgemeinen Wehrpflicht zuneigt, auf einem Irrtum beruht. Es ist der Glaube, der Zwang zum Eintritt in das Heer für jeden jungen Mann mit

gesunden Knochen werde nicht nur alle Sorgen des Rekrutierungsgeschäftes verschleichen, sondern auch das Heer innerlich dem deutschen und österreichisch-ungarischen Gegner gleichwertig machen. Mit anderen Worten, man betrachtet in England die allgemeine Wehrpflicht als das große Pflaster, das man gern über die dem britischen Selbstgefühl geschlagenen Wunden kleben möchte, um unbehindert weiter schlagen zu können, — alles mit dem Vorbehalt, nach überstandnem Kampf sich dieser und anderer Unbequemlichkeiten fröhlich wieder zu entledigen. Es gibt natürlich viele, die bei dem gegenwärtigen Werbungsgeschäft allerlei peinliche Empfindungen haben, nicht etwa moralische, sondern rein praktische Bedenken. Die Möglichkeit, den ungeheueren, neuen Anforderungen an die Wehrkraft der Nation einigermaßen gerecht zu werden, beruht doch nun einmal darauf, daß man die vorhandenen Lücken in der Truppenzahl eingesteht und den jungen Leuten recht laut und vernehmlich ins Ohr schreit: „Das Vaterland braucht euch!“ Es ist nur das unangenehme dabei, daß die anderen, die es nicht hören sollen, diesen Ruf auch vernehmen und sich fragen müssen: wie stimmt das eigentlich zu den prahlerischen amtlichen Versicherungen, wonach es keine Lücken in der Truppenstärke gibt und England noch viel mehr Mannschaften aufgebracht hat, als ursprünglich berechnet waren? Wo stecken eigentlich die berühmten drei Millionen des Lord Kitcheener? Sind sie wirklich vorhanden? Und wenn sie vorhanden sind, weshalb beständig diese besorgten und kleinlauten Meldungen über den unbefriedigenden Fortgang des Rekrutierungsgeschäfts? Alle diese unbequemen, vorlauten Fragen, die der patriotische Engländer in sich verschluckt, die aber den Feind wie den Bundesgenossen in sehr unerwünschter Weise beschäftigen, fallen natürlich weg, wenn die allgemeine Wehrpflicht eingeführt wird. Wenn die junge Mannschaft, die nicht etwa schon freiwillig dient, auf Grund gesetzlicher Verpflichtung vor den Ersatzbehörden zu erscheinen hat, so kann natürlich niemand fragen, ob das Geschäft gut oder schlecht geht, und wer dennoch fragt, braucht keine Antwort zu erhalten.

Damit ist aber auch der augenblickliche Nutzen der allgemeinen Wehrpflicht erschöpft. Die größere Zahl von Rekruten, die sie wohl schaffen könnte, ist bei einer solchen plötzlichen Einführung in kritischer Zeit mit so außerordentlichen volkswirtschaftlichen Nachteilen erkauft, daß das heutige England wohl sehr erstaunte Augen machen würde, wenn es nach geschעהener Beglückung mit der neuen Einrichtung zur Selbstbefinnung käme.

Die allgemeine Wehrpflicht kann nicht, wie von Unkundigen fälschlich angenommen wird, von heute zu morgen ein „Volk in Waffen“ herstellen. Es ist ein System, das zur vollen Geltung erst in mindestens zwei Menschenaltern kommt, nämlich wenn nicht nur der Bedarf des Heeres an Menschen vollständig sichergestellt ist, sondern auch die erzieherischen und wirtschaftlichen Wirkungen, die davon ausgehen, von dem ganzen Volksorganismus genügend verarbeitet sind. Das an der Hand geschichtlicher Tatsachen näher nach-

zuweisen, ist hier nicht der Raum, und es würde auch von dem eigentlichen Thema abführen. Es genügt hier festzustellen, daß der in England aufkommende Gedanke, jetzt durch den Zwang der allgemeinen Wehrpflicht das Rekrutierungsgeschäft aufzubessern und sie nach dem Kriege wieder abzuschaffen, eine große Torheit ist. Wie man wohl annehmen darf, fehlt es in England nicht an besonnenen Leuten, die das sehr wohl wissen; deshalb ist es auch fraglich, ob der Vorschlag, die allgemeine Wehrpflicht vorübergehend oder probeweise einzuführen, irgendwelche ernstern Aussichten hat. Ich glaube sogar, daß man einen Schritt weiter gehen darf und ruhig sagen kann: es ist sehr unwahrscheinlich. Die Wahl kann schließlich nur sein zwischen dem bisherigen Wehrsystem und der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht für alle Zeiten. Ob aber für diesen letzteren Gedanken eine Stimmung in England zu schaffen ist, bleibt trotz der Erfahrung des jetzigen Krieges sehr zweifelhaft.

Man könnte einwenden, daß die kräftige Unterstützung, die die unionistische Partei dem Gedanken neuerdings — in größerem Umfange als früher — zuteil werden läßt, zu denken gebe. Wenn einmal — so heißt es — die liberale Regierung vollständig abgewirtschaftet haben wird, was doch infolge des Krieges unausbleiblich ist, dann werden die Unionisten nicht umhin können, ihr Wehrpflichtsprogramm zu verwirklichen. Ja, wenn man die Leute jetzt so reden hört, möchte es leidlich scheinen! Aber es wird schwerlich dahin kommen. Denn die Meinungen, die von der Opposition in England unter geeigneten Umständen als Sturmbock gegen die Regierung verwendet werden, sehen oft genug später ganz anders aus, wenn das nächste Ziel erreicht ist. Es verdient bemerkt zu werden, daß das Drängen zur allgemeinen Wehrpflicht aus den Reihen der Unionisten schon sehr viel sanfter geworden ist, seit ihre angesehensten Führer in das Kabinett Asquith mit eingetreten sind, also die Verantwortung für einen solchen Schritt auf die gesamte Führerschaft der Nation, nicht mehr auf eine Partei fallen würde. So hat die Agitation für die allgemeine Wehrpflicht, die in einzelnen Mitgliedern des Kabinetts allerdings eifrige Stützen hat, mehr den Zweck, die gegenwärtigen Werbungen zu unterstützen, als das ganze Wehrsystem Englands auf eine neue Grundlage zu stellen. Wenn unter den waffenfähigen Männern des Landes der Eindruck entsteht, daß die allgemeine Wehrpflicht kommt, läßt sich vielleicht mancher noch anwerben, der sonst nicht daran denken würde.

Es erscheint vielleicht auf den ersten Blick etwas übertrieben, wenn hier auf die volkswirtschaftlichen Nachteile hingewiesen wurde, die die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in England zunächst im Gefolge haben würde. Weshalb leiden wir denn nicht unter diesen Nachteilen? Die Antwort lautet: weil unser Staatswesen auf die Wirkung dieser bei uns vollkommen eingebürgerten Einrichtung ganz anders eingestellt ist. Eine beherrschende Staatsidee, deren Berechtigung jedem einzelnen in Fleisch und Blut übergegangen ist, um derentwillen der einzelne bereitwillig Opfer bringt, um dafür vieles ein-

zutauschen, was wieder für die Einzelpersönlichkeit von hohem Wert ist, das ist der Boden, auf dem die allgemeine Wehrpflicht gedeiht. Denn sie ist hier nur die logische Durchführung des Verhältnisses zwischen dem einzelnen und dem Staat, eines auf Gegenseitigkeit beruhenden Verhältnisses, in dem das Recht des Staates auf Existenz und Willensbetätigung als Grundlage der Wohlfahrt des einzelnen anerkannt ist. England kennt eine Staatsidee in diesem Sinne nicht. Was als Staatsform in England erscheint, ist nur das durch Herkommen und Erfahrung ausgestaltete Organ einer Gesellschaft, die nur die natürlich gewachsene Vereinigung unzähliger Einzelinteressen ist. Jahrhundertelange Gewöhnung hat diese Einzelinteressen überall an die erste Stelle gebracht. Jeder erhebt den Anspruch, in dem, was er für sich zu tun beliebt, so wenig wie irgend möglich eingeschränkt zu sein. Wenn diese Einzelinteressen trotzdem nicht auseinander laufen, sondern in ihrer Gesamterscheinung merkwürdig gleichgerichtet sind, so hängt das mit der Natur des Landes und dem Charakter des Volkes zusammen. Dadurch ist im Laufe der Geschichte Englands den zentrifugalen Kräften in der englischen Gesellschaft ein Gegengewicht gegeben worden, das sich in der Starrheit der Sitten, in dem vielberufenen „cant“ und verwandten Erscheinungen äußert. Vor allem aber ist es der nationale Dünkel und der als Summe so vieler gleichgerichteter egoistischen Interessen unendlich gesteigerte Machtwille der englischen Gesellschaft, der im gesamten politischen Wirken ein Auseinanderfallen verhütet. Was für ein Unterschied gegen einen Staatsbegriff, der auf einem sorgfältig durchdachten Zusammenwirken sich ineinander fügender Einzelkräfte beruht!

Hiernach muß man sich fragen: was soll dieser englischen Gesellschaft eine Einrichtung wie die allgemeine Wehrpflicht, deren geistige Grundlage die Zurückstellung des Einzelinteresses gegenüber dem Staatsbegriff ist? Es fehlt ja jede Voraussetzung dafür; es fehlen auch alle die Möglichkeiten, die den gleichen Staatsbegriff auch auf anderen Gebieten zum Ausdruck bringen und dadurch einen Ausgleich für die unvermeidliche Kräfteverschiebung in der Volkswirtschaft schaffen.

Wenn man über die hier gegebenen Andeutungen näher nachdenkt, so wird man verstehen, daß das englische Nationalgefühl sich keineswegs mit dem deckt, was wir dabei als beinahe selbstverständlich vorauszusetzen geneigt sind. Es fehlt ihm jede Beimischung dessen, was wir Staatsgefühl nennen. Der Engländer wünscht und erwartet, daß er in seinem Lande das Beste finde, was ein vernünftiger Egoismus für sich verlangen kann. Dazu ist notwendig, daß England blüht und gedeiht, vor allem aber die ganze übrige Welt beherrscht und seinen Wünschen unterordnet. Dafür müssen diejenigen sorgen, die als Vertrauensmänner des Volkes die Geschäfte führen. Was nützt ihm dazu eine Einrichtung, die ihm Opfer zumutet an persönlicher Bequemlichkeit und Erwerbsmöglichkeit? Daß er in Steuern und ähnlichen Verpflichtungen an die Allgemeinheit zur Bestreitung gewisser gemeinsamer Bedürfnisse beitragen muß, ist ihm

verständlich, aber nichts, was darüber hinausgeht und ihn aus der selbstgewählten Bahn individueller Lebensführung hinauswirft.

Es kommt noch ein weiteres hinzu. Nächst der Stärke des nationalen Selbstbewußtseins beruht die Möglichkeit, ein Volk von so starkem Egoismus und so starker Abneigung gegen jede individuelle Beschränkung zu einer Einheit zusammenzufassen, zum guten Teil auf der Fähigkeit, mit der der Durchschnitts-Engländer an gewissen politischen Grundsätzen festhält, die er wie nationale Heiligtümer hütet und an denen er auch mit Vernunftgründen kaum rütteln läßt. Dazu gehören unter anderem gewisse Garantien gegenüber der monarchischen Gewalt, dazu gehört der Freihandel, dazu gehört auch der Widerwille gegen den militärischen Dienst im Sinne einer Verpflichtung. Gegen diese Bollwerke des politischen Durchschnittsverständes in England anzurennen, ist fast immer aussichtslos, und zwar auch dann, wenn durchaus zugegeben wird, daß das Festhalten am alten unberechtigt ist. Man fürchtet nämlich viel mehr als die neuen Ideen selbst die Gefahr, die darin liegt, daß das gewohnheitsmäßige Festhalten an gewissen Vorstellungen des spezifischen Engländerturns irgendwo durchbrochen wird. Gerade verständige Engländer wissen, wie sehr die eigentümliche Gleichartigkeit der Grundlinien im politischen und sozialen Denken ihres Volkes im Lauf der Zeit durch brutalen Egoismus und Materialismus veräußerlicht und verflacht worden ist, und darum fürchten sie jede tiefere Spaltung, die durch neue Anschauungen an Stelle der gewohnten Richtlinien hervorgerufen werden könnte.

In den Kreisen des Hochadels und bestimmter Familien, die durch Überlieferungen als Inhaber von Offizierstellen mit dem Heer verbunden sind, würde natürlich ein Übergang zur allgemeinen Wehrpflicht nicht viel ausmachen. Der Kreis dieser Familien würde sich wohl auch noch etwas erweitern. Aber im Erwerbsleben würden Umwälzungen entstehen, denen die heutige englische Gesellschaft nicht gewachsen sein würde. Auf dieser Grundlage erhebt sich dann auch der Widerstand der englischen Arbeiterschaft gegen die allgemeine Wehrpflicht.

Was von der englischen Gesellschaft im allgemeinen gesagt wurde, gilt von dem Arbeiter ganz besonders. Das Staatsgefühl liegt ihm noch ferner als dem Durchschnittsbürger. Er ist ja erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit zu der Überzeugung gebracht worden, daß er seine Interessen in der parlamentarischen Ordnung selbständig und außerhalb des alten Parteischemas vertreten müsse. Andere Kreise des englischen Volkes sind also länger an der Leitung des Staates beteiligt und interessiert gewesen als der Arbeiterstand, der nur für seinen Anteil an den wirtschaftlichen Erfolgen des englischen Erwerbslebens kämpft und dabei voraussetzen gewohnt ist, daß der Gesamtvorteil Englands von den Arbeitgebern schon zur Genüge gewahrt wird. Das ist für ihn selbstverständlich, und das verlangt er; auf diesen Punkt richtet sich auch seine Kritik, und das Recht darauf ist eine der Freiheiten, die er sich als

Brite nicht verkürzen läßt. Es fällt ihm aber gar nicht ein, sich weiter in den Zusammenhang der Dinge hineinzudenken und sich direkt für den Staat zu interessieren. Darum streift er ruhig, wenn er es den Arbeitgebern gegenüber für richtig hält, unbekümmert darum, ob er dem Staat zur Kriegszeit Verlegenheiten bereitet. Von einer solchen Arbeiterschaft, die nationales Selbstgefühl, aber keinen Patriotismus in unserem Sinne hat, kann man nicht erwarten, daß sie geneigt ist, eine Verpflichtung gegen den Staat zu übernehmen, die zunächst eine Schädigung des ganzen Wirtschaftslebens zur Folge haben würde. Was in dieser Richtung geschehen konnte, das haben weitere Kreise der englischen Arbeitgeber getan, indem sie auf Grund ihrer weiterreichenden politischen Einsicht der Allgemeinheit ein Opfer brachten und freiwillig die wirtschaftlichen Schädigungen übernahmen, die sie ertragen konnten. Sie entließen eine möglichst große Zahl von Arbeitern, um dadurch eine größere Zahl von Arbeitslosen künstlich zu schaffen, die dann keinen anderen Ausweg wußten als das Werbebureau. Überschätzen darf man freilich dieses Opfer der Arbeitgeber nicht, denn es handelte sich wohl meist um Geschäfte, die ohnehin durch den Krieg zu Einschränkungen gezwungen waren. Es ist jedoch nicht zu bezweifeln, daß die Arbeiter gerade durch diese Erfahrungen abgeschreckt und noch mehr gegen die allgemeine Wehrpflicht eingenommen worden sind.

Sehr bezeichnend ist, daß Lloyd George, der vorher in herediten, leidenschaftlichen Worten die gebildeten Kreise Englands für den Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht zu begeistern versucht hatte, auf dem großen Gewerkschaftskongreß in Bristol, den er besuchte, nicht wagte, in der gleichen Weise zu den Arbeitern zu sprechen. Er machte es wie ein kluger Vereiter, der das Pferd, das nicht springen will, vorsichtig an das Hindernis heranführt. Deshalb wurde von der allgemeinen Wehrpflicht überhaupt nicht gesprochen, sondern nur von der Verpflichtung, den Staat in der durch den Krieg geschaffenen Notlage durch Arbeit für die Allgemeinheit zu unterstützen, sowie von der Notwendigkeit, diese Verpflichtung gesetzlich festzulegen. Einen vollen Erfolg auch in dieser Beziehung brachte der Gewerkschaftskongreß nicht, aber die Gewandtheit von Mr. Lloyd George wußte doch den Eindruck zu erzielen, daß er für dieses Vorstadium der allgemeinen Wehrpflicht die Arbeiterschaft hinter sich habe. Denn es war am Tage vorher eine Entschliebung angenommen worden, die sich fast einstimmig — es waren in der großen Versammlung nur sieben Stimmen dagegen — für die Fortführung des Krieges aussprach. In den Köpfen der englischen Arbeiter treibt die Furcht ihr Wesen, daß gerade die Niederlage ihnen die allgemeine Wehrpflicht bringen werde. Sie stehen durchaus nicht auf dem Standpunkt, daß die Not ihres Vaterlandes vielleicht eines Tages eine Gestalt gewinnen könne, die auch dieses Opfer selbstverständlich erscheinen lassen würde, sondern sie wollen den Sieg Englands, weil sie darin die Sicherheit für das Fortbestehen der ihnen bequemen Freiheiten sehen.

Das könnte manchem unglaublich scheinen, weil ja doch der Wunsch, den Krieg „bis zum Siege“ fortzuführen, bei gleichzeitiger Gegnerschaft gegen die Zwangspflicht anscheinend die Überzeugung einschließt, daß es auch so möglich sein werde, die nötige Truppenzahl aufzubringen. Danach scheint die Abneigung gegen den Militärdienst selbst in Arbeiterkreisen gar nicht so groß zu sein. Das ist auch wohl wirklich so, aber die Angst vor den zerrüttenden wirtschaftlichen Einflüssen der Zwangspflicht besteht in voller Stärke neben aller persönlichen Opferwilligkeit. Es ist ein englischer Beurteiler, der das kürzlich sehr deutlich öffentlich ausgesprochen hat. Arnold Bennett sagt in der „Daily News“, nachdem er den Nachweis geführt hat, wie wenig es für diesen Krieg ausmachen würde, wenn man die allgemeine Wehrpflicht beschließen sollte: „Ich zweifle ernsthaft, ob die organisierte Arbeiterschaft sich beruhigen würde. Ich sehe in dem Versuch der Zwangspflicht die hohe Wahrscheinlichkeit eines furchtbaren Fehlschlages und entsetzlichen Skandals, wenn nicht eines schlimmeren, und damit eines tödlichen Schlages für den Fortschritt der verbündeten Waffen. Ich sehe darin eine belebende Hoffnung für Deutschland.“

Der englische Politiker muß die Gefahr der Zerstörung der nationalen Einigkeit Englands auf diesem Wege für sehr dringend erachten, wenn er sich so ausspricht. Für uns klingt das etwas übertrieben. Aber es ist sicher, daß es sich hier um einen empfindlichen Punkt des englischen nationalen Lebens handelt. Ausgeschlossen ist es trotz alledem nicht, daß England als Frucht dieses Krieges die allgemeine Wehrpflicht davonträgt, wenn es auch wenig wahrscheinlich ist. Das wäre dann das, was man in England den „Militarismus“ nennt, für dessen Bekämpfung es angeblich das Schwert gezogen hat. Eine der zahlreichen Ironien der Weltgeschichte!

